

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Sächsisch-Elbzeitung Nr. 12 — Ostbayerische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostrau, Porstendorf, Postelsdorf, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilk, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete Verantwortlich: Walter Hiete.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Letzseite 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“ „Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage: „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisförmung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 122

Bad Schandau, Montag, den 26. Mai 1930

74. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach einer Landung und einstündigem Aufenthalt in Rio de Janeiro zum Rückflug nach Fernambuco wieder aufgestiegen.

* Am Sonntagvormittag ist in Berlin in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden der Olympische Kongress eröffnet worden.

* Im Gesetzesverordnungsblatt vom 23. Mai ist eine vom Reichspräsidenten v. Hindenburg und Reichswehrminister Groener unterzeichnete Neufassung der im Jahre 1922 veröffentlichten „Verpflichtungen des deutschen Soldaten“ erschienen.

* Der in der Düsseldorf Mordangelegenheit verhaftete 47jährige Kutcher Peter Kürten ist von der Hausangestellten Schulte, die im August von dem Massenmörder überfallen und durch zahlreiche Messerstiche verletzt worden war, mit Bestimmtheit wiedererkannt worden. Man glaubt, daß der Verhaftete zum mindesten einen erheblichen Teil der Düsseldorf Verbrechen begangen hat.

* In Detmold und in Bad Salzungen sind am Sonntag insgesamt 56 Personen unter paralytischer Verdächtigen Erscheinungen nach dem Genuß von Speiseeis erkrankt.

* In den Pariser Bankierverhandlungen konnte eine Einigung über den Emissionsskurs der Younganleihe immer noch nicht erzielt werden. Die Besprechungen dürften nicht vor Dienstag beendet sein.

Einig sein, um zu leben.

Briands Vorschlag für den europäischen Bund.
Von Conrad F. Lehner.

Das schwierigste und vielleicht einzige wesentliche Hindernis vor der Verwirklichung des notwendigen und lebendigen Gedankens einer europäischen Einigung ist der Versailler Vertrag. Briand selbst hat in seinem wagemutigen und klugen Memorandum für die Bildung eines loyaleren europäischen Staatenbundes diesen Kernpunkt der Aufgabe durch die Darlegung unter Punkt 3 über die Sicherheitsfrage als bestimmende Grundlage jeder Fortschrittsmöglichkeit Europas angeschnitten. Sicherheit nicht in dem bisherigen selbstfüchtigen Aufreißungsstadium der französischen Auffassung, sondern Sicherheit im europäischen Sinne ist die Voraussetzung für den Frieden und für die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft des höchst entwickelten Erdteils. Sicherheit Europas und echte Sicherheit auch für Frankreich kann es nur geben, wenn die siebenzig Millionen Menschen im Deutschen Reich von der Verletzung durch den Versailler Vertrag und der durch ihn bedingten Zerstückelungswillkür in der Festlegung der Grenzen befreit werden. Ein Vereinigtes Europa auf der Grundlage der gewalttätigen und widersinnig zustande gekommenen heutigen Grenzen kann es nicht geben. Frankreich muß damit zufrieden sein, daß Stresemann auf die gewaltsame Wiedereroberung Elsaß-Lothringens durch Deutschland verzichtete, und im Interesse der eigenen Sicherheit und seines Europa-programms nun endlich an der Verbesserung der von ihm selbst als unerträglich erkannten östlichen Grenzen Deutschlands mitwirkt.

„Einig sein, um zu leben und zu gedeihen! Vor dieser gebieterischen Notwendigkeit stehen die Völker Europas!“ Das ist die klare und eindringliche Begründung des Briandschen Memorandums. Sie macht es Deutschland zur unausweichlichen Pflicht, in diesem Augenblick mit der Anmeldung dieser Forderungen hervorzutreten. Es ist ja Briands persönliche Ansicht, daß die Aufhebung der seit dem Versailler Vertrag im politischen Gebiet eingetretenen Zustände die unmittelbaren und gefährlichsten Fragen in den Vordergrund geschoben. Das kann nur die Befriedigung der ersten Absicht bedeuten, den gordischen Knoten der durch die Kriegsabschlußverträge bedingten politischen Gegensätzlichkeiten entschlossen zu zerhacken, um den vorgeschlagenen „Bund auf der Grundlage der Einigung“ von vornherein auf sichere Füße zu stellen.

Es wäre ein verhängnisvoller Fehltritt, sich darauf zu verlassen, daß die Vereinigten Staaten von Europa im Sinne eines europäischen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Handlungsprogramms unter Führung eines alleuropäischen Vollzugsausschusses noch einen zeitlich sehr langen Weg bis zu ihrer Durchführung zurückzulegen hätten. Nach allen großen europäischen Zusammenstößen im letzten Jahrhundert erhielt die alte Idee der Vereinigten Staaten von Europa neue Nahrung und rastige Antriebe. Am bekanntesten sind die seitigen Vorschläge von Saint Simon während der napoleonischen Durchdringung unseres Erdteils. Das verbündete Ehepaar Condorche-Salazar und Ida Roland konnte diesen Gedanken so erfolgreich neu befruchten, eben weil der große europäische Krieg gewesen ist und weil mit jedem Jahre, mit jedem Monat aller Welt deutlicher wird, daß die Niederwerfung Deutschlands in eine folgenschwere Niederlage Europas mündet. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führerstaaten

Europas gaben infolge des Krieges die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung an Amerika ab und erlitten in der kolonialen Welt Asiens und Afrikas den ungeheuren Sturz ihres moralischen Ansehens, der in Indien jetzt den Engländern so fühlbar zu werden beginnt.

Wir erwarten als nahezu selbstverständlich von der sehr wahrscheinlich erfolgenden Gründung eines Europaanusschusses in ganz naher Zeit Verkehrsvereinfachungen wie die längst fällige Einrichtung eines allgemeinen Europapasses, der die infolge der Friedensschlüsse gigantisch angewachsenen lästigen Pass- und Verzollungsschwierigkeiten beseitigt, die postalische Einigung auf eine Europapostmarke, wenn sich nicht gleich die von Stresemann gewünschte Weltpostmarke durchsetzen lassen sollte, einen großzügigen Ausgleich der Zolltarife aller europäischen, wirtschaftlich so ungenau eng mit einander verflochtenen Staaten, eine Verbesserung der Eisenbahnanschlüsse, das Zueinandergreifen der Flugpläne, eine geschicktere Verteilung der Wellenlängen im Funkwesen und die Lösung vieler anderer Wirtschafts- und Verkehrsfragen.

Es wird nicht leicht sein, diese innereuropäischen Reformen durchzusetzen, wenn wir uns vergegenwärtigen, welchen

Schwierigkeiten wir in Deutschland selbst bei der Reichsreform gegenüber stehen. Die darüber hinausgehende Aufgabe des zu erwartenden Europaanusschusses bleibt aber die Zusammenfassung der Kräfte des Erdteils für die Durchführung umfangreicher politischer Aufgaben — wir denken vor allem an die Entwicklung Afrikas zu einer wirtschaftlichen Kraftquelle ersten Ranges für Europa — und für die Sicherung der europäischen Kultur gegen die verhängnisvolle Ueberflutung durch den Amerikanismus. Europa kann seine Führerstellung nur wieder erlangen, die ganze Menschheit ihren geistigen Aufstieg nur fortsetzen, wenn das europäische Geistesland vor der aus Amerika drohenden Verfühlung und Verumpfung bewahrt bleibt.

Um dieser Notwendigkeiten willen wird gerade Deutschland das Briandsche Memorandum begrüßen dürfen, ohne Furcht vor dem Aufbruch einer französischen Uebermacht im Europabunde. Die Führung fällt schließlich immer dem Vornehmsten zu, und Europas Schicksal hängt in so hohem Grade von dem Wohlergehen Deutschlands ab, daß überlebener Ehrgeiz einzelner europäischer Gebiete und ihrer Leiter daran nicht vorbeikommt kann.

Die Befreiung des Rheinlandes

Protest gegen französische Zerstörungswucht.

Was wird aus dem Rheinlandministerium?

Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurde der Etat des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete behandelt. Der Berichterstatter Dr. Köhler (Ztr.) ging auf die grundsätzliche Frage ein, was aus dieser Behörde nach der Rheinlandräumung werden soll. Es werde eine Anzahl von Fragen übrigbleiben, die weiter verwaltet werden müßten, beispielsweise die Betreuung des Saargebiets. Wollte man den verbleibenden Rest der Aufgaben auf das Ministerium des Innern übertragen oder ein selbstständiges Ressort bilden, entweder allein oder in Verbindung mit anderen Aufgaben?

Der Berichterstatter protestierte auf das schärfste gegen das skandalöse Vorgehen der Franzosen bei der Zerstörung der Luftschiff- und Flugzeughallen. Hier handele es sich offensichtlich um den Haß einer wildgewordenen Militärbureaucratie, die es nicht ertragen könne, jetzt das besetzte Gebiet geräumt zu sehen.

Der Reichsminister Treviranus erklärte, der genaue Zeitpunkt, wann das Ministerium aufgelöst werde, stehe noch nicht fest. Der Abbau des Ministeriums sei aber in vollem Gange und es würden die größten Bemühungen gemacht, alle Beamten, Angestellten und Arbeiter unterzubringen. Verhandlungen mit Preußen diesbezüglich würden in der nächsten Woche aufgenommen. 800 000 Mark für Übergangsmassnahmen für ältere Arbeiter, deren Unterbringung natürlich am schwierigsten sei, sind vorgesehen. Über die Bewertung der frei werdenden Immobilien werden dem 19. Ausschuß Richtlinien vorgelegt. Es sei beabsichtigt, den Gesamtbesitz in eine Bau- und Bodenbank einzubringen, die zunächst 40 Millionen Mark aufnehmen wolle.

Wegen des Abbruchs der Luftschiffhallen seien eingehende Verhandlungen mit der französischen Behörde geführt worden, diese habe ihren Anspruch aber auf den § 202 des Friedensvertrages gestützt und es seien keine Erleichterungen erreicht worden. Der französische Oberkommissar habe ihm die endgültigen Termine für die Räumung der einzelnen Bezirke mitgeteilt. Bis zum 31. Mai würden zum Beispiel zwei Brücken, Speyer-Ludwigshafen-Worms, geräumt sein.

In dem Ergänzungsetat werde die Saargängerunterstützung von 3 Millionen auf 7,5 Millionen erhöht. Auch die Erhöhung des Fonds für kulturelle Fürsorge sei vorgesehe. Das Ziel der Politik aller Parteien bezüglich des Rheinlandes sei die Befreiung der Rheinlande gewesen. Verschieden die Wege, auf denen man dieses Ziel zu erreichen hoffte. Jetzt sollte man sich einigen in der Freude, daß das Ziel erreicht ist, wenn es auch tief bedauerlich ist, daß das Schicksal des Saargebiets noch nicht entschieden sei.

Die Räumungsamnestie kommt.

Für politische Verbrecher seit 1. September 1924. Der Rechtsauschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Amnestieanträgen der verschiedenen Parteien. Mit 16 gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei Enthaltung der Bayerischen Volkspartei wurde der Kompromißantrag der Regierungsparteien

angenommen, wonach aus Anlaß der Rheinlandräumung eine Amnestie erlassen wird, durch die die Amnestie vom Juli 1928 auf alle politischen Verbrechen (also auch auf die sogenannten Fememorbe) ausgedehnt wird, die nach dem 1. September 1924 begangen worden sind. Ausgenommen sind Verbrechen, die sich gegen ein Mitglied oder ein früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet haben. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Bei der Beratung der Anträge im Ausschuß würdigte Reichsjustizminister Dr. Wredt die großen Bedenken, die gegen die vielen Amnestierungen der letzten Jahre geltend zu machen seien. Man habe dadurch in weiten Kreisen völlig falsche Anschauungen über unsere Rechtspflege geweckt. Bei den Tötungen von 1924 handle es sich aber um ganz besondere Umstände, die eine Amnestierung aus Anlaß der Rheinlandräumung tragbar erscheinen ließen. Taten wie die sogenannten Fememorbe seien nur zu verstehen aus der Mentalität einer Zeit heraus, die hoffentlich niemals wiederkehren wird.

Beginn der Räumung von Worms.

Worms. Der Abzug der französischen Truppen hat begonnen. Der erste Transport hat die Stadt verlassen, der nächste geht Montag ab, ein dritter ist für Mittwoch angefragt.

Ein „offenes“ Wort des „Temps“ zur Groener-Rede.

Paris. Der „Temps“ erklärt zur Reichstagsrede des Reichswehrministers Groener u. a.: „Der Vergleich der deutschen Verteidigungsaussagen mit denen Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei habe keinen Sinn, da Deutschland auf Grund des Friedensvertrages abgerüstet sei, während die von General Groener angeführten Länder in ihren Rüstungen völlig frei seien (!). Niemand könne durch die Taktik, die darin bestehe, den deutschen Heereshaushalt aufzublähen, um Geheimausgaben zu ermöglichen, getäuscht werden. Deutschland habe keinen Angriff zu befürchten. Die Sicherheit der Westgrenzen sei durch den Locarno-Vertrag garantiert. Eine Bedrohung der Ostgrenzen durch Polen sei eine sinnlose Annahme. Dagegen stellten die nationalistischen deutschen Forderungen und Aufreizungen die durch die Verträge in Oberschlesien und im Korridor geschaffene Lage in Frage. Die deutsche Sicherheit könne nur durch die eigenen deutschen Fehler gefährdet werden (!?). Die Verpflichtung Deutschlands, die Militär-, Flotten- und Luftaufgaben des Versailler Vertrages genau zu beobachten, gäben dem Reich nicht das Recht, auf jeden Fall die Abrüstung der anderen Länder zu verlangen.“

Regierung MacDonald gerettet?

London, 26. Mai.

„Daily Telegraph“ zufolge ist man in ministeriellen Kreisen der Ansicht, daß die Gefahr einer unmittelbaren Regierungskrise jetzt vorüber sei, da voraussichtlich bei der Unterhausdebatte am nächsten Mittwoch höchstens zehn bis zwölf Mitglieder der Arbeiterpartei Stimmhaltung üben würden. Obgleich die große Mehrheit der Liberalen wieder beiseitegehen werde, erwarte man eine kleine Stimmenmehrheit für die Regierung.

Auch „Daily Mail“ glaubt, daß die Arbeiterregierung am Mittwoch mit einer sehr geringen Mehrheit am Leben bleiben wird.